



**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

Brüssel, den 8. Juni 2004

**PLENARTAGUNG**

**AM 2./3. JUNI 2004**

**ÜBERSICHT ÜBER DIE  
VERABSCHIEDETEN STELLUNGNAHMEN**

**Der Volltext aller EWSA-Stellungnahmen kann in den zwanzig  
Amtssprachen auf den Internetseiten des Ausschusses unter folgender  
Adresse abgerufen werden:**

**<http://www.esc.eu.int> (Rubrik "Documents" auf der Startseite in englischer  
und französischer Sprache)**

Die Plenartagung zeichnete sich durch die Anwesenheit von Frau Dalia GRYBAUSKAITE, Mitglied der Europäischen Kommission, aus, die im Namen der Europäischen Kommission sprach.

## **1. STRATEGIE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

### ***· Mitteilung Aktionsplan für Umwelttechnologie***

– **Berichtersteller:** Herr BUFFETAUT (Arbeitgeber – FR)

– **Referenz:** KOM(2004) 38 endg. – CESE

– **Kernpunkte:**

Der Ausschuss begrüßt das Vorgehen der Kommission zur Ausarbeitung des Aktionsplans für Umwelttechnologie, der zu zahlreichen Konsultationen Anlass gegeben hat, und sieht es für den konkreten Ausbau der Umwelttechnologien als notwendig an, Prioritäten zu setzen, diese in eine Rangfolge zu bringen und die Mittel einzuteilen, die zur Verfügung stehen und sinnvoll eingesetzt werden müssen: Risikokapital in der Startphase, "klassischere" Darlehen in der Entwicklungsphase, steuerliche Anreize für die Festigung der Stellung auf dem Markt, ggf. steuerliche Maßnahmen, die einer Internalisierung der Umweltkosten von umweltschädlichen Verfahrensweisen entsprechen. Der Ausschuss fordert die Unterstützung derjenigen Umwelttechnologien, die unter Berücksichtigung ihrer Effizienz, der Marktbedingungen, der Umwelterfordernisse, der qualitativen und quantitativen Situation des Arbeitsmarktes, der Lebensqualität und des Entwicklungsniveaus am vielversprechendsten sind.

Bei der Festlegung der gesetzlichen Rahmenbedingungen sollte der Gesetzgeber die hohe Innovationskraft der Wirtschaft und der Wissenschaft berücksichtigen, in dem er lediglich die Ziele, nicht aber die zur Erreichung der Ziele notwendigen Technologien bzw. Schritte festlegt. Diese schlagen sich dann zwar z.T. in höheren betriebswirtschaftlichen Kosten nieder, die allerdings durchaus volkswirtschaftlich sinnvoll sein können. Das wachsende Bewusstsein für zusätzliche Absatzmöglichkeiten aufgrund der Einhaltung zusätzlicher Sozial- und Umweltkriterien ist eine wichtige Treibkraft für den Aktionsplan und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

Der Ausschuss erachtet es als notwendig, Anreize für umweltpolitisch gewollte und bewährte Verfahren bzw. für die Entwicklung von entsprechenden Umwelttechnologien zu schaffen (Darlehen, Subventionen, steuerliche Anreize), um den Zugang zum Markt, ja dessen Schaffung zu fördern und zu erleichtern.

Der Ausschuss hält es für sehr wichtig, ein System zur Validierung der Leistungsfähigkeit der Umwelttechnologien einzuführen und die dadurch gewonnenen Informationen zu verbreiten. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass sich Umwelttechnologien durchsetzen und von Unternehmen und Behörden genutzt werden.

- **Ansprechpartner:** Herr Johannes KIND  
(Tel.: 00 32 2 546 91 11 – E-Mail: [johannes.kind@esc.eu.int](mailto:johannes.kind@esc.eu.int))

## **Regionale Integration und nachhaltige Entwicklung**

- **Berichtersteller:** Herr DIMITRIADIS (Arbeitgeber – EL)
- **Referenz:** Initiativstellungnahme – EWSA 852/2004

### **Kernpunkte:**

Das Thema "Regionale Integration und nachhaltige Entwicklung" ist ein Querschnittsthema der Arbeit der Fachgruppe Außenbeziehungen des EWSA für 2003 und 2004 und wurde im Rahmen der Beziehungen zu zahlreichen Ländern und Regionen erörtert, zu denen der EWSA Kontakte unterhält.

Ziel dieser Stellungnahme ist es, zur Festlegung der grundlegenden Elemente eines Arbeitsrahmens beizutragen, damit das Konzept der nachhaltigen Entwicklung in die Entwicklungspolitik Europas für die einzelnen Weltregionen, wie sie in transnationalen und regionalen Vereinbarungen und Entwicklungsprogrammen abgesteckt sind, einbezogen werden kann. Vor diesem Hintergrund liegt der Mehrwert der Stellungnahme in ihren Vorschlägen, wie die Einbeziehung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung in die Aktivitäten zur regionalen Integration zu einem grundlegenden Tagesordnungspunkt der Arbeitssitzungen der Arbeitsorgane des Ausschusses mit den Vertretern der Entwicklungsländer und den Ländern der Partnerschaft Europa-Mittelmeer werden kann. Außerdem sollen mit dieser Stellungnahme die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) davor gewarnt werden, bei dem langwierigen Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung nicht die gleichen Fehler zu begehen wie die europäischen Länder, die die Anstrengungen Europas, den Weg der Nachhaltigkeit zu beschreiten, schwer belastet haben.

In dieser Stellungnahme wird die in früheren Stellungnahmen des EWSA<sup>1</sup> erläuterte Definition der "nachhaltigen Entwicklung", basierend auf dem Brundtland-Bericht und dem Gipfel von Göteborg, zugrunde gelegt. Von besonderer Bedeutung ist die Definition der nachhaltigen Entwicklung unter drei Aspekten: wirtschaftliche Entwicklung, Umweltkonformität und soziale Gerechtigkeit.

Die nachhaltige Entwicklung sollte als umfassende und nicht als ergänzende Dimension der regionalen Integration gesehen werden. Durch ein gezieltes Vorgehen der Europäischen Union in diese Richtung können beachtliche Erfolge erzielt werden. Mit der Ausarbeitung von Kooperationsvereinbarungen bietet die Europäische Union den Entwicklungsländern und den LDC nicht nur Unterstützung, sondern sie setzt auch Zeichen in kultureller, politischer und sozialer Hinsicht, die unter

---

<sup>1</sup> Stellungnahme des EWSA zum Thema "Erarbeitung einer Strategie der Europäischen Union für nachhaltige Entwicklung" – ABl. C 221 vom 7.8.2001,  
Stellungnahme des EWSA zum Thema "Nachhaltige Entwicklung in Europa" – ABl. C 48 vom 21.2.2002,  
Stellungnahme des EWSA zum Thema "Strategie für eine nachhaltige Entwicklung" – ABl. C 94 vom 18.4.2002,  
Stellungnahme des EWSA zum Thema "Die Lissabon-Strategie und nachhaltige Entwicklung" vom 27.2.2003.

dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung gefasst werden können. Die regionale Integration ist ein Mittel zur Umsetzung dieser Vorgaben.

Das Streben nach internationaler Zusammenarbeit sollte Teil der Initiative der Europäischen Union sein. In Bezug auf solche Kooperationen ist insbesondere die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu erwähnen.

Was die regionale Integration angeht, müssen die Kooperationsprogramme der EU und insbesondere die Programme über Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und LDC betreffend die regionale Integration den Schwerpunkt sehr stark auf die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit in bezug auf den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Pfeiler legen müssen.

In diesem Zusammenhang kann der EWSA maßgeblich zur erfolgreichen Gestaltung dieses Unterfangens beitragen, da er die kompetente EU-Institution par excellence ist, die diese Fragenkomplexe zum Ausgangspunkt der Diskussion in der Zivilgesellschaft machen kann.

– **Ansprechpartnerin:** Frau Susanna Baizou

(Tel.: 00 32 2 546 98 45 – E-Mail: [susanna.baizou@esc.eu.int](mailto:susanna.baizou@esc.eu.int))

## **2. BEKÄMPFUNG DER DISKRIMINIERUNG UND UNGLEICHHEIT IN ZUSAMMENHANG MIT DEM ARBEITSMARKT UND ANDEREN BEREICHEN**

### • ***EQUAL***

– **Berichterstatter:** Herr SHARMA (Verschiedene Interessen – UK)

– **Referenz:** KOM(2003) 840 endg. – CESE 849/2004

– **Kernpunkte:**

Die in Kapitel 3 zum Ausdruck gebrachte Begeisterung für die Partnerschaft kann geteilt werden, denn die Anbahnung von Partnerschaften zwischen Gruppen, die vorher nicht zusammengearbeitet haben, ist von großer Bedeutung. Dies ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren von EQUAL.

Der EWSA begrüßt die Diskussion über die Einbindung der unmittelbar von Diskriminierung betroffenen Personen; allerdings muss auch gesagt werden, dass die Umsetzung von EQUAL auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene oft hierarchisch geprägt ist; dies kann zu einem gesteigerten Verwaltungsaufwand führen und das Verantwortungsgefühl beeinträchtigen, wenn diese Probleme nicht vorausgesehen und umgangen werden.

Der Bewertungsprozess empfiehlt eine stärkere Konzentration auf die Erhaltung des Arbeitsplatzes, auf die Qualität der Beschäftigung sowie die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen.

- **Ansprechpartner:** Herr Pierluigi BROMBO  
(Tel.: 00 32 2 546 97 18 – E-Mail: [pierluigi.brombo@esc.eu.int](mailto:pierluigi.brombo@esc.eu.int))

- ***Gleichbehandlung von Frauen und Männern/Zugang zu Gütern und Dienstleistungen***

- **Berichterstatterin:** Frau CARROLL (Arbeitgeber – IE)
- **Referenz:** KOM(2003) 657 endg. – 2003/0265 (CNS) – CESE 853/2004

- **Kernpunkte:**

Der vorliegende Vorschlag ist der erste Schritt, den die Kommission unternimmt, um dem Wunsch des Europäischen Rates nach Stärkung der Gleichbehandlungsrechte in anderen Bereichen als der Beschäftigung und dem Erwerbsleben gemäß Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft nachzukommen. Nach einer Konsultation verschiedener Interessenträger ("stakeholders") hat die Kommission zwar großen Konsens bezüglich des Regelungsbedarfs im Bereich des Zugangs zu Gütern und Dienstleistungen festgestellt; andererseits gelangte sie jedoch zu dem Schluss, dass sie zum jetzigen Zeitpunkt **keine** Vorschläge vorlegen sollte, die die Bereiche Bildung, Steuern und Medieninhalte betreffen.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss:

- betont die Bedeutung des grundsätzlichen Verbots der geschlechtsbedingten Diskriminierung von Frauen und Männern beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen; hält es für unklug, wenn die Mitgliedstaaten die Möglichkeit hätten, sechs Jahre lang von diesem Gleichbehandlungsgrundsatz abzuweichen;
- hält es für bedauerlich, dass die Richtlinie im Bildungsbereich nicht anwendbar ist, obwohl in diesem Bereich möglicherweise Probleme in Bezug auf die Zuständigkeit der Gemeinschaft bestehen; die Kommission sollte alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, für eine Gleichbehandlung von Mädchen und Jungen beim Zugang zu und der Versorgung mit Bildungsmöglichkeiten zu sorgen;
- fordert die Kommission auf, ihre Konsultationen zum Thema Medien- und Werbeinhalte fortzusetzen und angemessene Maßnahmen zu ergreifen;
- begrüßt die Tatsache, dass Männern und Frauen der gleiche Zugang zu Finanzmitteln und Finanzdienstleistungen eröffnet werden soll, wobei darauf hinzuweisen ist, dass dies sowohl Nachteile wie auch Vorteile für die Verbraucher mit sich bringen wird, insbesondere auf dem Gebiet der Versicherung; dieser Vorschlag sollte jedoch keinen Anlass zu neuen diesbezüglichen Kriterien für eine Diskriminierung bieten; es ist eine spezifischere Bewertung der Langzeitauswirkungen der Versicherungs-/Rentenbranche erforderlich; desgleichen ist auch eine Folgenabschätzung wichtig, wenn die Richtlinie in Kraft tritt;

- begrüßt Artikel 5, der positive Maßnahmen gestattet, und billigt ausdrücklich die Vorschrift über den Dialog mit Nichtregierungsorganisationen;
- unterstreicht, dass Aufklärung über und Werbung für die Richtlinie nach deren Verabschiedung von allergrößter Bedeutung sein werden, um zu gewährleisten, dass die Verbraucher über ihre Rechte uneingeschränkt Bescheid wissen und die Anbieter von Gütern und Dienstleistungen ihre daraus entstehenden Verpflichtungen kennen.

• **Ansprechpartner:** *Herr Torben Bach Nielsen*

(Tel.: 00 32 546 96 19 – E-Mail: [torben.bachnielsen@esc.eu.int](mailto:torben.bachnielsen@esc.eu.int))

### **3. BINNENMARKT UND HARMONISIERUNG DES PRIVATRECHTS**

- ***Außervertragliche Schuldverhältnisse***

– **Berichtersteller:** Freiherr von FÜRSTENWERTH (Arbeitgeber – DE)

– **Referenz:** KOM(2003) 427 endg. – 2003/0168 (COD) – CESE 841/2004

– **Kernpunkte:**

Der Ausschuss schlägt mehrere konkrete Änderungen am Kommissionsvorschlag vor und fordert die Kommission auf, nach Vornahme von Korrekturen, die Arbeiten an der Verordnung so schnell wie möglich abzuschließen, damit diese in Kraft treten kann.

– **Ansprechpartner:** *Herr João Pereira dos Santos*

(Tel.: 00 32 2 546 92 45 – E-Mail: [joao.pereiradossantos@esc.eu.int](mailto:joao.pereiradossantos@esc.eu.int))

### **4. INDUSTRIE- UND SEKTORBEZOGENE POLITIKEN**

- ***Pharmaindustrie***

– **Berichterstellerin:** Frau NEILL (Verschiedene Interessen – UK)

– **Referenz:** KOM(2003) 383 endg. – CESE 842/2004

– **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss unterstützt das in der Mitteilung der Kommission erläuterte umfassende Programm.

Der Ausschuss erkennt die Schwierigkeiten an, angesichts der Komplexität des Sektors, seiner Abhängigkeit von einzelstaatlichen Zuständigkeiten und seinem Eingebundensein in verschiedenartige Gesundheitssysteme einen integrierten Binnenmarkt für den pharmazeutischen Sektor zu verwirklichen. Er hebt jedoch hervor, wie wichtig es ist, klare Strategien zur Erreichung dieses Ziels einzusetzen.

Der Ausschuss unterstützt ein wirkungsvolles Pharmakovigilanzsystem, das weiter gestärkt werden muss, und betont, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit in allen Regelungsbereichen Vorrang haben muss.

Der Ausschuss empfiehlt, den Dialog fortzuführen und die Systeme zu vereinfachen, um Innovation, Kenntnisaustausch und einen besser koordiniertes Konzept für die Forschungsagenda zu erleichtern und so zum einen die Industrie und zum anderen das Qualifizierungs- und Beschäftigungspotenzial zu stärken.

- **Ansprechpartnerin:** *Frau Aleksandra Klenke*  
(Tel.: 00 32 2 546 98 99 – E-Mail: [aleksandra.klenke@esc.eu.int](mailto:aleksandra.klenke@esc.eu.int))

- **Änderung/Europäische Audiovisuelle Informationsstelle**

- **Berichterstatter:** Herr GREEN (Arbeitgeber – DK)
- **Referenz:** KOM(2003) 763 endg. – 2003/0293 (COD) – CESE 843/2004
- **Ansprechpartner:** *Herr Raffaele Del Fiore*  
(Tel.: 00 32 2 546 97 94 – E-Mail: [raffaele.delfiore@esc.eu.int](mailto:raffaele.delfiore@esc.eu.int))

## 5. ENERGIE

- **Zugangsbedingungen/Erdgasfernleitungsnetze**

- **Berichterstatterin:** Frau SIRKEINEN (Arbeitgeber – FI)
- **Referenz:** KOM(2003) 741 endg. – 2003/0302 (COD) – CESE 851/2004

- **Kernpunkte:**

Der EWSA begrüßt den Kommissionsvorschlag. Er spricht sich im Interesse eines stabilen, wirksamen und harmonisierten Rechtsrahmens für den Erdgasbinnenmarkt für einen breiten Anwendungsbereich aus. Der Kommissionsvorschlag sollte außerdem entsprechend einer auf dem Madrid-Forum getroffenen Vereinbarung baldmöglichst auf Speicheranlagen ausgedehnt werden.

Der EWSA legt auch Wert darauf, dass in den entsprechenden Bestimmungen der Verordnung die Einbindung der Betroffenen in das vorgeschlagene Komitologie-Verfahren vorgesehen wird. Änderungen der Definitionen der relevanten Punkte des Netzes, über die Informationen veröffentlicht werden müssen, sollten nur im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens vorgenommen werden. Schließlich betont der Ausschuss, dass Konzepte und Bestimmungen vorgesehen werden sollten, die den Betreibern in diesem Bereich ein vorgeifendes Handeln und eine gute Steuerung ihrer Gaslieferungen gestatten.

- **Ansprechpartner:** *Herr Siegfried Jantscher*  
(Tel : 00 32 2 546 82 87 – E-Mail: [siegfried.jantscher@esc.eu.int](mailto:siegfried.jantscher@esc.eu.int))

- **Überarbeitung Leitlinien/TEN Energie**

- **Berichterstatterin:** Frau SIRKEINEN (Arbeitgeber – FI)
- **Referenz:** KOM(2003) 742 endg. – 2003/0297 (COD) – CESE 844/2004
- **Ansprechpartner:** *Herr Siegfried Jantscher*  
(Tel.: 00 32 2 546 82 87– E-Mail: [siegfried.jantscher@esc.eu.int](mailto:siegfried.jantscher@esc.eu.int))

## 6. VERKEHR

- **Änderung/Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge**

- **Berichterstatter:** Herr SIMONS (Arbeitgeber – NL)
- **Referenz:** KOM(2003) 448 endg. – 2003/0175 (COD) – CESE 856/2004

- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss begrüßt die Initiative der Kommission, kommt jedoch zu der Auffassung, dass die Kommission sich mit ihrem Vorhaben, mittels einer einzigen Änderungsrichtlinie zu der Richtlinie 1999/62/EG sechs verschiedene Probleme gleichzeitig zu lösen, zu viel vornimmt.

Der Ausschuss ist der Auffassung, dass

- das Verursacherprinzip erst dann angewandt werden kann, wenn genaue Erkenntnisse über den relativen Stellenwert der verschiedenen Kostenfaktoren vorliegen und gleiche Ausgangsbedingungen für alle Verkehrsarten herrschen;
- die Steuerneutralität nur dann garantiert werden kann, wenn parallel auch die Verbrauchsteuer auf Dieselmotoren gesenkt;
- die derzeitige Vielfalt an einzelstaatlichen Regelungen und Systemen eine einheitliche Tarifierungsmethode für die Infrastrukturbenutzung verhindert;
- die Kommission in ihrer Argumentation nicht konsequent ist, wenn sie Pkw, auf deren Konto ein Großteil der Staukosten, Unfallkosten und Umweltkosten gehen, außerhalb des Anwendungsbereichs der vorgeschlagenen Richtlinie belässt;
- von der Möglichkeit, Einnahmen aus erhöhten Mautgebühren dazu verwenden zu dürfen, die Investitionskosten für neue Verkehrsinfrastrukturen von hohem europäischen Interesse im gleichen Korridor oder in der gleichen Verkehrsregion zu bestreiten, mit Zurückhaltung



Gebrauch gemacht werden muss, ohne irgendeine Verkehrsinfrastruktur von vornherein auszuschließen. Wird diese Möglichkeit tatsächlich in Anspruch genommen, dann müssen die betreffenden Einnahmen allerdings bis zur Fertigstellung des betreffenden Projekts auf einem EU-Konto hinterlegt werden.

- **Ansprechpartner:** Herr Luís Lobo  
(Tel.: 00 32 2 546 97 17 – E-Mail: [luis.lope@esc.eu.int](mailto:luis.lope@esc.eu.int))

- **Änderung/Kontrollen im Straßenverkehr**

- **Berichterstatter:** Herr SIMONS (Arbeitgeber – NL)
- **Referenz:** KOM(2003) 628 endg. – 2003/0255 (COD) – CESE 857/2004
- **Ansprechpartner:** Herr Luís Lobo  
(Tel.: 00 32 2 546 97 17 – E-Mail: [luis.lope@esc.eu.int](mailto:luis.lope@esc.eu.int))

## **7. TRANSATLANTISCHER DIALOG**

- **Transatlantischer Dialog**

- **Berichterstatterin:** Frau BELABED (Arbeitnehmer – AT)
- **Referenz:** Initiativstellungnahme – CESE 855/2004

- **Kernpunkte:**

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Dezember 2003 heißt es: "Die transatlantischen Beziehungen sind unersetzlich. Die EU bekennt sich weiterhin uneingeschränkt zu einer konstruktiven, ausgewogenen und zukunftsgerichteten Partnerschaft mit unseren transatlantischen Partnern".

Obwohl Amerikaner und Europäer grundlegende demokratische Überzeugungen und die Grundprinzipien der Marktwirtschaft teilen, sind ihre Werte und Ziele längst nicht identisch.

Als europäischer Ratgeber, der eine weltweite Zusammenarbeit mit Sozialpartnern und Zivilgesellschaften unterhält, dürfte sich der EWSA in einer optimalen Ausgangsposition befinden, um solche Aktivitäten zu fördern, die den transatlantischen Dialog vorantreiben und ihm neue Impulse verleihen. Der transatlantische Dialog besteht de facto aus verschiedenen Komponenten, deren Aktivität uneinheitlich ist: der transatlantische Wirtschaftsdialog (The Transatlantic Business Dialogue - TABD); der transatlantische Arbeitnehmerdialog (The Transatlantic Labour Dialogue - TALD); der transatlantische Verbraucherdialog (The Transatlantic Consumer Dialogue - TACD) und der transatlantische Umweltdialog (The Transatlantic Environmental Dialogue - TAED).

Die Verflechtung der transatlantischen Wirtschaft hat im Laufe der Zeit zugenommen, wobei Direktinvestitionen klar den Handel an Bedeutung überrunden. Obwohl transatlantische Handelszerrwürfnisse Schlagzeilen machen, betreffen sie weniger als 1% des transatlantischen Handels.

Mit vereinten Anstrengungen können die EU und die Vereinigten Staaten dazu beitragen, dass die Vorteile der Globalisierung in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt zum Tragen kommen, indem die Strukturen der Regierungsführung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, einschließlich des sozialen und des zivilen Dialogs, verbessert werden.

Der EWSA unterstützt nachdrücklich die transatlantische Zusammenarbeit und die konstruktive Einbindung relevanter Interessengemeinschaften der europäischen und der amerikanischen Zivilgesellschaft. Der EWSA spricht sich für eine Stärkung der Netzwerke der Zivilgesellschaft aus, was zu einer regelmäßigen und kontinuierlichen Kooperation und der Bildung eines Transatlantischen und/oder eines US-amerikanischen Wirtschafts- und Sozialrats führen könnte.

Der EWSA wäre ein geeigneter Ort für die Förderung des Dialogs und das Zusammentreffen der relevanten Beteiligten. In dieser Hinsicht bietet er an, eine Konferenz gemeinsam mit den einschlägigen Akteuren und Institutionen zu organisieren, um den Dialog zu stärken. Die dadurch bewirkte Aktivierung der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks wäre nicht nur im langfristigen Interesse der EU und der Vereinigten Staaten, sondern auch der übrigen Welt.

- **Ansprechpartner:** *Herr Michael Wells*  
(Tel.: 00 32 2 546 82 83 – E-Mail: [michael.wells@esc.eu.int](mailto:michael.wells@esc.eu.int))

## **8. EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK**

- ***Europäischer Flüchtlingsfonds***

- **Berichterstatte**in: Frau CASSINA (Arbeitnehmer – IT)
- **Referenz:** KOM(2004) 102 endg. – 2004/ 0032 (CNS) – CESE 850/2004
- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss hält den Vorschlag zur Errichtung eines Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF II) für den Zeitraum 2005-2010 für sinnvoll; er ist mit umfangreichen Mitteln ausgestattet und so strukturiert, dass die zwischen Mitgliedstaaten und Kommission geteilte Verantwortung voll zum Tragen kommt. Der Ausschuss besteht ferner darauf, dass die Phasen der Aufnahme und der Integration auch weiterhin als Grundpfeiler einer angemessenen Asylpolitik aufzufassen sind.

Der Ausschuss hofft, dass rasch über den Vorschlag bezüglich des EFF II entschieden wird, und diese Entscheidung von angemessenen und transparenten Durchführungsbestimmungen flankiert wird.

- **Ansprechpartner:** *Herr Pierluigi Brombo*  
(Tel.: 00 32 2 546 97 18 – E-Mail: [pierluigi.brombo@esc.eu.int](mailto:pierluigi.brombo@esc.eu.int))

## **9. LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**

- **Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes**
  - **Berichterstatter:** Herr DONNELLY (Verschiedene Interessen – IE)
  - **Referenz:** KOM(2004) 163 endg. – 2004/ 0054 (CNS) – CESE 847/2004
  - **Ansprechpartnerin:** *Frau Katalin Gönczy*  
(Tel.: 00 32 2 546 98 18 – E-Mail: [katalin.gonczy@esc.eu.int](mailto:katalin.gonczy@esc.eu.int))

## **10. UMWELTSCHUTZ**

- **Verpackungen und Verpackungsabfälle**
  - **Berichterstatter:** Herr ADAMS (Verschiedene Interessen – UK)
  - **Referenz:** KOM(2004) 127 endg. – 2004/0045 (COD) – CESE 846/2004
  - **Ansprechpartnerin:** *Frau Katalin Gönczy*  
(Tel.: 00 32 2 546 98 18 – E-Mail: [katalin.gonczy@esc.eu.int](mailto:katalin.gonczy@esc.eu.int))

## **11. KODIFIZIERUNG UND VEREINFACHUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN RECHTSVORSCHRIFTEN**

- **Lebensmittel für eine besondere Ernährung**
  - **Berichterstatter:** Herr DONNELLY (Verschiedene Interessen – IE)
  - **Referenz:** KOM(2004) 290 endg. – 2004/0090 (COD) – CESE 848/2004

- **Ansprechpartnerin:** *Frau Eleonora Di Nicolantonio*  
(Tel.: 00 32 546 94 54 – E-Mail: [eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int](mailto:eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int))

· **Kodifizierung/Beförderungen im Güterkraftverkehr**

- **Berichterstatter:** Herr SIMONS (Arbeitgeber – NL)
  - **Referenz:** KOM(2004) 47 endg. – 2004/0017 (COD) – CESE 845/2004
  - **Ansprechpartner:** *Herr Luís Lobo*  
(Tel.: 00 32 2 546 97 17 – E-Mail: [luis.lobo@esc.eu.int](mailto:luis.lobo@esc.eu.int))
-